

3 Historisch-materialistische Staatlichkeitsanalyse

Im Rahmen dieser Arbeit wird ein Untersuchungsansatz verfolgt, der als *historisch-materialistische Staatlichkeitsanalyse* bezeichnet werden soll. Er lehnt sich an der von der Forschungsgruppe ›Staatsprojekt Europa‹ entwickelten ›historisch-materialistischen Politikanalyse‹ (HMPA) an (vgl. Buckel et al. 2014; Buckel 2013; Kannankulam & Georgi 2012; vgl. auch Brand 2013), wird aber angereichert, um die Transformation und den Ausbau der EU-Staatlichkeit in der Euro-Krise stärker in den Fokus zu rücken. Die HMPA als methodisches Grundgerüst bietet sich insbesondere deshalb an, da sie entwickelt wurde, um die Erkenntnisse materialistischer Staatstheorie für die empirische Arbeit zu operationalisieren (vgl. Buckel et al. 2014, 43). Vorleistungen zu diesem kritischen Forschungsparadigma gehen unter anderem auf Bob Jessop (z.B. 1990), Bastian van Apeldoorn (u.a. 2000; 2002) sowie Hans-Jürgen Bieling & Jochen Steinhilber (bspw. 2000b) zurück. Infolgedessen weist die HMPA auch direkte Bezüge zum eingangs dargestellten ›konstitutionalistischen Neogramscianismus‹ der Internationalen Politischen Ökonomie auf (vgl. Buckel et al. 2014, 34ff.).

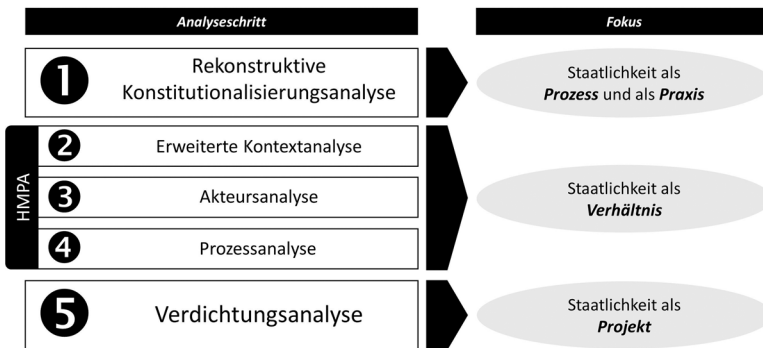
In der Europaforschung fragen neo-gramscianische Ansätze indes »nach den gesellschaftlichen Kräften sowie den Auseinandersetzungen in der ökonomischen, politisch-institutionellen und ideologischen Sphäre« (Bohle 2012, 165), auf deren Grundlage sie die Dynamiken und Reproduktionsbedingungen europäischer Integrationsprozesse erklären. Auch die HMPA fühlt sich diesem Ansatz verpflichtet. Sie

»analysiert Kontext, Akteur_innen und Prozesse gesellschaftlicher Auseinandersetzungen über bestimmte Politiken, um aufzudecken, mit welchen gesellschaftlichen Widersprüchen, Dynamiken sozialer und politischer Kämpfe und mit welchen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen diese Politiken verbunden sind.« (Forschungsgruppe ›Staatsprojekt Europa‹ 2014, 10)

Die ›klassische‹ HMPA gliedert sich dabei anhand dreier Schritte: der *Kontext*-, der *Akteurs*- und der *Prozessanalyse* (vgl. Buckel et al. 2014, 53). Je nach Forschungsfokus können sich dabei die jeweiligen Teilanalysen in Aufbau und Tiefe voneinander unterscheiden, was nicht zuletzt in einer mit der HMPA verbundenen Überkomplexitätsherausforderung (vgl. ebd.) und den meist limitierten Ressourcen ihrer Anwender*innen (vgl. ebd., 59) begründet liegt.

Im Zentrum der HMPA steht die Analyse von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Pointiert gesagt, könnte man sie dementsprechend auch als *Kräfteverhältnisanalyse* bezeichnen (vgl. Kannankulam & Georgi 2012, 37; Wissel 2015, 56). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit bilden vor dem Hintergrund der theoretischen Vorüberlegungen zur *Staatlichkeit als Verhältnis* gerade die durch die HMPA zu extrahierenden gesellschaftlichen Kräfte- und Hegemonieverhältnisse eine entscheidende Erklärungsvariable zum Verständnis der kriseninduzierten Transformations- und Ausbauprozesse der EU-Staatlichkeit. Allerdings erscheint die Durchführung einer reinen HMPA der Politik zur Bewältigung der Euro-Krise nicht hinreichend, um diese Prozesse in ihrer vollen Breite analytisch zu adressieren. So weisen bereits Kannankulam & Georgi (2012, 37), selber Mitglieder der Forschungsgruppe, darauf hin, dass in einem vierten Schritt »schließlich die materielle Verdichtung [...] in die politischen und juridischen Institutionen und Apparate mit deren jeweiligen strukturellen Selektivitäten untersucht werden [muss].« Dieser Hinweis erscheint zielführend, weshalb unter Bezugnahme auf *Staatlichkeit als Projekt* eine an die drei Teilschritte der HMPA anschließende *Verdichtungsanalyse* vorgenommen werden soll. Bevor allerdings überhaupt in diese vier Analyseschritte eingestiegen werden kann, bedarf es eingangs einer umfassenden Analyse der kriseninduzierten Konstitutionalisierungsprozesse. Im ersten Analyseschritt werden demgemäß die im Kontext der Euro-Krise vollzogenen Konstitutionalisierungen im Prozess der Monopolisierung und Konzentration symbolischer Gewaltbarkeit im Inneren der EU-Staatlichkeit (Staatlichkeit als Prozess) und ihrer konkreten Herrschaftsmodi (Staatlichkeit als Praxis) zu dechiffrieren versucht. Dieser Untersuchungsschritt soll als *rekonstruktive Konstitutionalisierungsanalyse* bezeichnet werden:

Abbildung 2: Idealtypische Abfolge der historisch-materialistischen Staatlichkeitsanalyse



Quelle: Eigene Darstellung